



16/2005

Kiel, 30. Januar 2006

Finanz- und Wirtschaftsausschuss: Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges

Kiel (SHL) – Das erhebliche Ausmaß des Umsatzsteuerbetruges sowie Maßnahmen zu seiner Bekämpfung – das ist das zentrale Thema, mit dem sich der Finanzausschuss und Wirtschaftsausschuss des Landtages auf ihrer gemeinsamen Sitzung am Donnerstag, 2. Februar, von 10 bis 13 Uhr, befassen.

Finanzausschussvorsitzender Günter Neugebauer: „Durch Umsatzsteuerbetrug und Firmeninsolvenzen gehen dem Staat jährlich fast 20 Milliarden € verloren.“ Das geltende Umsatzsteuerrecht weise gravierende Lücken auf, die einen umfangreichen Betrug ermöglichen - etwa durch „Karussellgeschäfte“ oder im Bereich von Insolvenzen.

Finanzminister Rainer Wiegard wird den Finanz- und Wirtschaftsausschussmitgliedern einen Lagebericht über die Situation im Lande geben. Die von der Finanzministerkonferenz eingeschaltete Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PSP wird ihre Vorschläge zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges vorstellen. Vorschläge und Bericht werden im Ausschuss mit Vertretern von Steuerberaterverband, Steuerberaterkammer, Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern erörtert.

Die Finanzminister der Länder und der Bundesfinanzminister wollen das gesamte Umsatzsteuersystem auf das so genannte „Reverse-Charge-Verfahren“ umstellen. Bei diesem System wird die Umsatzsteuerpflicht vom Leistungserbringer auf den Leistungsempfänger verlagert. Die Folge: Viele Betrugsansätze werden verhindert. Die Auswirkungen eines Systemwechsels hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PSP in einer Studie untersucht, dessen Ergebnisse sie den Landtagsausschüssen vorstellen wird.